

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Seniorenrat in Heidelberg
Ergebnisse der Vorstellungen in den
Bezirksbeiräten**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Sozialausschuss	24.03.2010	Ö	() ja () nein	
Gemeinderat	15.04.2010	Ö	() ja () nein	

Inhalt der Information:

Der Sozialausschuss und der Gemeinderat nehmen von dem Bericht der Verwaltung und der Meinungsbildung der Bezirksbeiräte Kenntnis.

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und BE fördern

Begründung:
Mit der Einrichtung eines Seniorenrates haben ältere Menschen noch mehr die Möglichkeit sich für ihre Belange einzusetzen, gehört zu werden und für sich und andere auf Verbesserungen hinzuarbeiten. Dabei haben sie das gesellschaftliche Wohl und ihre Bedürfnisse im Auge und sind bereit sich selbst einzubringen und zu engagieren.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Heidelberg hat sich schon sehr früh der Thematik mit und um Ältere zugewandt. Bereits 1988 wurde das Altenstrukturkonzept im GR verabschiedet, was zu vielen Maßnahmen geführt hat, die ständig weiterentwickelt wurden. Beim Amt für Soziales und Senioren gibt es, was es bundesweit kaum gibt, einen gesonderten Fachbereich, der sich um die Belange Älterer kümmert. Vieles von dem, was Seniorenräte in anderen Städten tun wurde hier bereits umgesetzt, die Erfordernisse, die sich aus dem gesellschaftlichen und demographischen Wandel ergeben, in einem eigenen Kapitel im STEP 2015 manifestiert. Es ist darauf zu achten keine Doppelstrukturen aufzubauen.

B. Begründung:

Hintergrund:

Am 26. November 2008 bat die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt „Prüfung einer Einrichtung eines Seniorenrates“, aufzunehmen.

Mit der Informationsvorlage 0039/2009/IV kam die Verwaltung diesem Wunsch nach. Der zugezogenen Sachverständige Herr Dr. Christoph Rott vom Institut für Gerontologie Heidelberg, legte unter anderem dar, dass eine Interessenvertretung Älterer auf unterschiedliche Art möglich sei (gemeinderätlicher Seniorenrat, Seniorenbeauftragte in den Stadtteilen, Gründung eines Vereins).

Auf Grund der Heidelberger Strukturen positionierte sich die Verwaltung dahingehend, dass sie keine Notwendigkeit für ein weiteres gemeinderätliches Gremium analog des Ausländer- und Migrationsrates oder Beirats für Menschen mit Behinderung sehe. Als mögliche Form einer Interessenvertretung sah sie, wie in 90% der Baden-Württembergischen Städte und Gemeinden umgesetzt, eine Vereinsgründung durch interessierte Bürger.

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 26.03.2009 (bestätigt durch den GR vom 21.04.09) wurde vereinbart, dass in einem ersten Schritt der AK, der die Evaluation der Seniorenzentren begleitet hat, ein Anforderungsprofil für eine Seniorenvertretung erstellen und in einem zweiten Schritt die Ergebnisse in den Bezirksbeiräten diskutiert werden sollte(n).

Danach war Wunsch, die Erkenntnisse wieder in die gemeinderätlichen Gremien zur abschließenden Beratung einzubringen.

Vorgehen:

Am 03. Juli 2008 hat der an diesem Tag 8-köpfige Arbeitskreis unter Beteiligung einer Stadträtin und eines Stadtrats (Frau Vogel SPD./ Herr Gund CDU) getagt, um auf der Grundlage der Tätigkeitsfelder anderer Seniorenräte (vgl. Informationsvorlage 0039/2009/IV) ein Anforderungs- bzw. Aufgabenprofil zu erstellen. Dies ist nicht gelungen, weil die in den Bereichen Engagement, Partizipation, Barrierefreiheit, Verkehr und Politik benannten Aufgaben entweder schon bearbeitet werden oder aber durch bestehende Strukturen und Netzwerke bearbeitet werden könnten. Doppelstrukturen wollten alle Beteiligten vermeiden, deshalb verständigte man sich darauf, dass politische Beteiligungsmöglichkeiten und das Nutzen des Erfahrungswissen von Älteren ein wichtiges Anliegen sei und sich dieses in der Arbeit für und mit Seniorinnen und Senioren wiederfinden müsse. Einige vertraten die Auffassung, dass dies in Form einer besonderen Vertretung passieren müsse, andere wiederum, dass dieses in den bestehenden Strukturen überall möglich sei.

Im Weiteren wurden der Diskussionsstand und die Ergebnisse den Bezirksbeiräten vorgetragen und eine Meinungsbildung darüber herbeigeführt, ob Seniorenbeauftragte an die Bezirksbeiräte angegliedert werden sollten oder nicht. Das Amt für Soziales und Senioren hatte im Vorfeld eine Informationsvorlage (0137/2009/IV) erstellt und war in den einzelnen Sitzungen vor Ort.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Voten in den Bezirksbeiräten dargestellt.

Ergebnisse:

Gremium	wann	Ergebnis		
		()ja	()nein	Enth
Bezirksbeirat Kirchheim	29.09.09	3	13	
Bezirksbeirat Emmertsgrund	01.10.09	0	8	
Bezirksbeirat Neuenheim	24.11.09	3	7	
Bezirksbeirat Altstadt	13.10.09	1	8	2
Bezirksbeirat Wieblingen	15.10.09	0	12	
Bezirksbeirat Bergheim	20.10.09	1	5	3
Bezirksbeirat Weststadt / Südstadt	21.10.09	3	13	
Bezirksbeirat Pfaffengrund	10.11.09	0	13	
Bezirksbeirat Ziegelhausen	25.11.09	5	6	

Bezirksbeirat Handschuhsheim	04.11.09	1 : 14 : 1
Bezirksbeirat Schlierbach	02.12.09	0 : 8 : 2
Bezirksbeirat Rohrbach	10.12.09	9 : 5 : 1
Bezirksbeirat Boxberg	29.10.09	0 : 8

Daraus ergibt sich zum Teil sehr deutlich, dass sich - bis auf eine Ausnahme (Rohrbach) alle Bezirksbeiräte dafür ausgesprochen haben, dass es keine Seniorenbeauftragten in den Bezirksbeiräte der einzelnen Stadtteile geben sollte.

Häufig genannte Begründungen waren, dass in den Gremien selbst ausreichend Ältere vertreten seien, die die Interessen ihrer Altersgruppen vertreten und wahrnehmen würden, dass es in Heidelberg sehr gute Strukturen gäbe, wo man sein Erfahrungswissen einbringen und auch (politisch) mitgestalten könne und die Vielzahl der Möglichkeiten und Angebote für Ältere in Heidelberg seinesgleichen in anderen Städten und Gemeinden suche.

Fazit

Die Bezirksbeiräte vertraten überwiegend die Auffassung, dass Seniorenbeauftragte in den Stadtteilen nicht erforderlich seien.

Sollten sich Interessierte zusammenfinden mit dem Ziel eine Seniorenvertretung durch Gründung eines Vereins zu installieren, würden diese sowohl seitens der Stadtverwaltung als auch der politischen Gremien konstruktiv begleitet.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner